

Information

des Freundeskreises zur Antwort auf die Massenpetition des Freundeskreises zum Thema Schlossplatz Berlin, Transparenz zu den Bauvorhaben.

Der Freundeskreis hatte im April 2011 dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die o.g. Massenpetition, unterschrieben von 995 Bürgern, übergeben.

Darin hat der Freundeskreis die uneingeschränkte Transparenz zu allen Vorgängen, die den Berliner Schlossplatz seit 1990 betreffen, gefordert.

Folgende Fragen wurden u.a. gestellt:

- Welche Garantie bietet die gegenwärtige Kostenkalkulation hinsichtlich der Kostensicherheit für die nächsten Jahre und warum werden der Öffentlichkeit diesbezügliche konkrete und aktuelle Informationen vorenthalten?
- Warum werden die Spendenzusagen des Schlossvereins in Höhe von 80 Mio. € nicht kritisch geprüft obwohl längst bekannt ist, dass es viele Fragen dazu gibt.
- Warum verschweigt der Berliner Senat die Tatsache, dass der damalige Innensenator von Berlin Ermittlungen gegen diesen Verein veranlassen musste.
- Warum wird bis heute trotz mehrerer Anfragen über den Ermittlungsgegenstand und das Ermittlungsergebnis geschwiegen?

Dazu schwieg der Deutsche Bundestag zwei Jahre.

Im April 2013 erhielt der Freundeskreis die Antwort des Deutschen Bundestages.

Er stellt u.a. fest,

- die Petition abzuschließen, weil dem Anliegen der Petition teilweise entsprochen worden wäre.
- Der Antrag der Fraktion DIE LINKE diese Petition der Bundesregierung zu übergeben, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Freundeskreis stellt fest, dass diese Antwort unbefriedigend ist, weil sie dem grundsätzlichen Anliegen der Massenpetition in keiner Weise entspricht.

Die Antwort des Deutschen Bundestages wirft Fragen auf:

- Warum wurde die Beantwortung fast zwei Jahre verzögert? Was sind die konkreten Gründe dafür? Der Freundeskreis verweist dabei auf die Tatsache, dass entsprechend dem Eingaben - Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik derartige Anliegen von Bürgern innerhalb von 4 Wochen beantwortet werden mussten.

- Die Behauptung des Petitionsausschusses, der Petition wäre teilweise entsprochen worden entspricht nicht den Tatsachen. Trotzdem wirft sie die Frage auf, worin konkret und mit welcher Begründung dem Anliegen der Petition nicht entsprochen wurde.
- Warum wird die konkrete Begründung verschwiegen, weswegen der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE diese Petition der Bundesregierung zu übergeben, abgelehnt wurde.

Der Freundeskreis informiert die Öffentlichkeit, dass dem Petitionsausschuss der Standpunkt und erneute weiterführende Fragestellungen im Mai übergeben wurde. Da es der Petitionsausschuss mehrheitlich ablehnte, dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE zu folgen und die Übergabe der Massenpetition an die Bundesregierung zu veranlassen, ist dies durch den Freundeskreis erfolgt. Im Anschreiben an die Bundeskanzlerin vom 8. Mai 2013 wurde um Antwort gebeten.

Berlin Mai 2013

Freundeskreis Palast der Republik
Rudolf Denner, Sprecher des Freundeskreises

Kontakte:

Rudolf Denner, 12627 Berlin
Oelsnitzerstr. 9
Tel/Fax: 030/9912254
Mail: r.denner@gmx.de

Dieter Lämpe
Tel: 03342/318473

Klaus Wons
030/50911144

Im Internet: www.palastschaustelle.eu